

Stand: 13.12.2025 08:23:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19278

"Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19278 vom 29.11.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20454 des GP vom 24.01.2018
3. Beschluss des Plenums 17/20640 vom 07.02.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 07.02.2018



Antrag

der Abgeordneten **Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Bernd Kränzle, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU**

Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Wahrung der Autonomie der Hochschulen für eine Stärkung der geriatrischen Versorgung in Bayern einzusetzen.

Zu deren Sicherstellung und Verbesserung wird die Staatsregierung gebeten, insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen bzw. auf sie hinzuwirken:

- Ausbau und Förderung von Wissenschaft und Lehre in der interdisziplinären geriatrischen Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Pflege,
- Schaffung von weiteren Lehrstühlen für Geriatrie und/oder alternativ von geriatrischen Zentren,
- Stärkung der geriatrischen Weiterbildungsinhalte innerhalb der Weiterbildung zum Allgemeinmediziner,
- Übernahme geriatrischer Weiterbildungsinhalte in alle patientenversorgenden Gebiete,
- bundeseinheitliche Zusatzweiterbildung Geriatrie (statt mannigfacher unterschiedlicher Qualifikationen),
- Sicherstellung einer geriatrischen Expertise vor allem der Hausärzteschaft (im Rahmen der Weiterbildung),
- verbesserte Zusammenarbeit der stationären Einrichtungen mit niedergelassenen Fachärzten,

- geriatrische Versorgungsverbünde zusammen mit Geriatern bzw. entsprechend weitergebildeten Ärztinnen und Ärzten, geriatrisch qualifizierten Pflegenden und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesundheitsfachberufe.

Zum Zwecke einer effektiven Umsetzung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“ wird die Staatsregierung darüber hinaus gebeten, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen bzw. auf sie hinzuwirken:

- Ausbau der spezifischen Präventionsangebote für geriatrische Patienten; insbesondere spielt hier die umfassende Pflege- und Gesundheitsberatung durch entsprechend geriatrisch ausgebildetes Fachpersonal eine entscheidende Rolle,
- Entwicklung und Evaluation attraktiver und adäquat bezahlter beruflicher Perspektiven für akademisch qualifizierte Mitarbeitende aus Pflege- und Therapiefachberufen,
- Ausbau der ambulanten geriatrischen Rehabilitationsangebote,
- Sicherstellung einer auskömmlichen, bedarfsgerechten Vergütung der stationären geriatrischen Rehabilitation,
- Beteiligung der Sozialen Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation.

In der Folge ist – unter Abwägung und Darlegung der Vor- und Nachteile – die Frage zu prüfen, ob für die Verbesserung der geriatrischen Versorgung die Etablierung eines Facharztes für Geriatrie zielführend ist.

Begründung:

Mit dem demografischen Wandel verschiebt sich auch der Fokus des medizinischen Versorgungsbedarfs hin zu älteren und hochbetagten Patienten und die Bedeutung der Altersheilkunde wird weiter zunehmen. Um auch in Zukunft eine gute geriatrische Versorgung der Menschen in Bayern zu gewährleisten, sind Weichenstellungen hinsichtlich der universitären Ausbildung, der Prävention sowie der Versorgung im ambulanten und stationären Bereich erforderlich. In Bayern gibt es mit dem Lehrstuhl für Innere Medizin (Geriatrie) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg bislang nur einen Lehrstuhl dieser Fachrichtung.

Ein konkretes bestehendes Problem ist, dass Angebote stationärer geriatrischer Rehabilitation aufgrund zu niedriger Tagessätze zum Teil schlichtweg nicht mehr finanziert werden können. Vielfach haben Träger hieraus bereits Konsequenzen gezogen und ihre Versorgungsangebote eingestellt – zulasten und zum Schaden der betroffenen Patientinnen und Patienten. Um eine Versorgung mit diesem wichtigen Rehabilitations-Angebot aufrecht zu erhalten und wieder zu verbessern, ist eine Erhöhung der Tagessätze für diese Versorgungsform dringlich erforderlich und geboten. Denn die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze in der stationären geriatrischen Reha reicht bereits seit langem nicht aus, um die Nachfrage zu decken.

Der Grundsatz „Reha vor Pflege“ ist gesetzlich in § 31 des Sozialgesetzbuchs (SGB) Elftes Buch (XI) verankert. Ziel der geriatrischen Rehabilitation ist, dass ältere Menschen trotz Erkrankungen und Einschränkungen eine größtmögliche Selbstständigkeit erreichen bzw. diese erhalten. Die geriatrische Rehabilitation arbeitet dabei in interdisziplinären Teams und ist sehr individuell auf den jeweiligen Patienten abge-

stimmt. Sie kann unter anderem folgende Maßnahmen umfassen: kontinuierliche ärztliche Diagnostik, Behandlung und Teamführung, Krankengymnastik, Bewegungs- und Ergotherapie, Logopädie und soziale Beratung. Entfällt die stationäre geriatrische Reha als ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Pflegebedürftigkeit bzw. dem Prolongieren von Selbstständigkeit, so wird dies letztlich dazu führen, dass betroffene Personen vermehrt und immer früher ihr häusliches Umfeld verlassen und in Pflegeheimen untergebracht werden müssen.

Gegen den derzeit schon manifesten Fachkräftemangel in der Pflege, der uns sowohl in ambulanten, teilstationären, klinischen und vollstationären Settings begegnet, muss angegangen werden. Eine Möglichkeit hierzu ist die Förderung der Kompetenzentwicklung in der Pflege, die nebenbei auch zur Qualitätssteigerung für alle Beteiligten und vor allem für die Patienten beiträgt. Vor allem akademisch qualifizierte Pflegende können sowohl für Aufgaben in der patientennahen Versorgung, dem Beratungsbereich sowie dem Managementbereich eingesetzt werden .



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u.a. CSU**
Drs. 17/19278

Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Thomas Goppel**
Mitberichterstatterin: **Ruth Waldmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Dezember 2017 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 178. Sitzung am 24. Januar 2018 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gundrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Eberhard Rotter, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hüting, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Alexander König, Bernd Kränzle, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal CSU

Drs. 17/19278, 17/20454

Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Wahrung der Autonomie der Hochschulen für eine Stärkung der geriatrischen Versorgung in Bayern einzusetzen.

Zu deren Sicherstellung und Verbesserung wird die Staatsregierung gebeten, insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen bzw. auf sie hinzuwirken:

- Ausbau und Förderung von Wissenschaft und Lehre in der interdisziplinären geriatrischen Diagnostik, Therapie, Rehabilitation und Pflege,
- Schaffung von weiteren Lehrstühlen für Geriatrie und/oder alternativ von geriatrischen Zentren,
- Stärkung der geriatrischen Weiterbildungsinhalte innerhalb der Weiterbildung zum Allgemeinmediziner,
- Übernahme geriatrischer Weiterbildungsinhalte in alle patientenversorgenden Gebiete,
- bundeseinheitliche Zusatzweiterbildung Geriatrie (statt mannigfacher unterschiedlicher Qualifikationen),

- Sicherstellung einer geriatrischen Expertise vor allem der Hausärzteschaft (im Rahmen der Weiterbildung),
- verbesserte Zusammenarbeit der stationären Einrichtungen mit niedergelassenen Fachärzten,
- geriatrische Versorgungsverbünde zusammen mit Geriatern bzw. entsprechend weitergebildeten Ärztinnen und Ärzten, geriatrisch qualifizierten Pflegenden und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesundheitsfachberufe.

Zum Zwecke einer effektiven Umsetzung des Grundsatzes „Reha vor Pflege“ wird die Staatsregierung darüber hinaus gebeten, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen bzw. auf sie hinzuwirken:

- Ausbau der spezifischen Präventionsangebote für geriatrische Patienten; insbesondere spielt hier die umfassende Pflege- und Gesundheitsberatung durch entsprechend geriatrisch ausgebildetes Fachpersonal eine entscheidende Rolle,
- Entwicklung und Evaluation attraktiver und adäquat bezahlter beruflicher Perspektiven für akademisch qualifizierte Mitarbeitende aus Pflege- und Therapiefachberufen,
- Ausbau der ambulanten geriatrischen Rehabilitationsangebote,
- Sicherstellung einer auskömmlichen, bedarfsgerechten Vergütung der stationären geriatrischen Rehabilitation,
- Beteiligung der Sozialen Pflegeversicherung an den Kosten der geriatrischen Rehabilitation.

In der Folge ist – unter Abwägung und Darlegung der Vor- und Nachteile – die Frage zu prüfen, ob für die Verbesserung der geriatrischen Versorgung die Etablierung eines Facharztes für Geriatrie zielführend ist.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 2** mit Ausnahme der gerade eben genannten Nummer 13 der Anlage, über die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Ablauf der 15 Minuten Wartezeit abzustimmen ist.

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien hat bei der Listennummer 13, Antrag auf Drucksache 17/18357, die Ablehnung empfohlen. Das wollte ich Ihnen nur noch kurz mitteilen, bevor wir zu dieser Abstimmung kommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Abgeordnete sind nicht anwesend. Dann hat sich das erübrig. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 23. November 2017 (Vf. 16-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch § 8 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist,
 2. des Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch § 10 des Gesetzes vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362) geändert worden ist
- PII/G1310.17-0015
Drs. 17/20543 (G)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2018
(Vf. 21-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der § 1 Nr. 1 und § 2 der Verordnung der Stadt Passau über die Sperrung der
Marienbrücke an Silvester vom 27. November 2017
(Amtsblatt der Stadt Passau Nr. 33 S. 250)
PII/G1310.17-0017
Drs. 17/20546 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. Januar 2018
(Vf. 1-VII-18) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des § 14 Abs. 9a des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010
(GVBl. 2011 S. 258, 404; 2012 S. 18, BayRS 2251-17-S), der zuletzt durch
Art. 4 des Neunzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher
Staatsverträge vom 3. Dezember 2015 (GVBl. 2016 S. 52) geändert worden ist
PII/G1310.18-0001
Drs. 17/20542 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

*III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger
bestellt.*

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 30. November 2017 (2 BvR 1866/17) betreffend Verfassungsbeschwerde
1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 26. Juli 2017
– 1 Ws 280/17 –,
 - b) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 7. Juni 2017
– 5 Ks 102 Js 1478/15 –,
 - c) den Beschluss des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 16. März 2017
– 5 Ks 102 Js 1478/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 6 Abs. 3, 4, 5 und 6 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung – BayMRVG –
PII/G1320.17-0002
Drs. 17/20545 (G)

I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.

II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.

III. Zur Vertreterin des Landtags wird die Abgeordnete Petra Guttenberger bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 20. Dezember 2017 (1 BvR 1187/17) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 3, 4, 6, 11 und 12 des Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern (Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz – BüGemBeteilG M-V) vom 18. Mai 2016 (GVOB. 2 M-V S. 258)
PII/G1320.17-0003
Drs. 17/20547 (E)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faire Unterkunftsgebühren für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
Drs. 17/17272, 17/20336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die fröhliche Bildung II –
Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten fortsetzen
Drs. 17/17308, 17/20337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kita-Leitungen entlasten – Mehr Zeit für eine professionelle Führung und Leitung
Drs. 17/17309, 17/20338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Investitionen in die frühkindliche Bildung I – Zweckentfremdung der Bundesmittel nach dem Wegfall des Betreuungsgelds beenden!
Drs. 17/17310, 17/20339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Judith Gerlach, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. CSU
Kriseninterventionsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen
Drs. 17/17661, 17/20340 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilzeitausbildung endlich voranbringen I
Ausbau der Teilzeitberufsausbildung im öffentlichen Dienst in Bayern
Drs. 17/17768, 17/20418 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u. a. CSU
Kein gemeinsamer Euro-Haushalt mit einem europäischen Finanzminister!
Drs. 17/17863, 17/20461 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u. a. SPD
Sonderprogramm Premiumoffensive Tourismus für kleine Betriebe
ab 5 Betten öffnen
Drs. 17/18357, 17/20455 (A)

über den Antrag wird gesondert abgestimmt

14. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u. a. SPD
Zuschlag bei Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Bayerischen Polizei
Drs. 17/18365, 17/20419 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u. a. SPD
„Platooning für Forschungsoffensive“
Drs. 17/18444, 17/20456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher,
Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Für eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern:
Empfehlungen der Sachverständigen ernst nehmen!
Drs. 17/18467, 17/20341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. und Fraktion (SPD)
Weiterbildungsprogramm Digitalisierung
Drs. 17/18474, 17/20457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zukunft unserer Kinder sichern – Familienpolitische Weichen richtig stellen!
Drs. 17/18486, 17/20342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
Drs. 17/18487, 17/20343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlässliche Informationssysteme über Autobahn-Bauvorhaben etablieren
Drs. 17/18494, 17/20458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Virtuelles Experimentieren im MINT-Unterricht stärken
Drs. 17/18496, 17/20374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth,
Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. SPD
Beste Qualität für die Jüngsten III – Geregelte Leitungsfreistellung in
Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern
Drs. 17/18552, 17/20344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Ingrid Heckner,
Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Für eine familiengerechte Arbeitswelt in Bayern
Drs. 17/18580, 17/20345 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierte Bildung stärken: Anerkennungsmöglichkeiten für freiwillige
Schülerpraktika schaffen und Bildungsregionen beim Aufbau von
Praktikumsdatenbanken unterstützen
Drs. 17/18591, 17/20375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD
Kohäsions- und Förderungspolitik der EU ab 2020
hier: Bayern – Sachsen / Thüringen – Böhmen
Drs. 17/18683, 17/20459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Bildungsverantwortung ernst nehmen –
Kommunen endlich bei der Finanzierung städtischer Schulen entlasten!
Drs. 17/18713, 17/20376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnraumkapazitäten und Beratungsangebote für Studierende ausbauen –
einen gemeinsamen Hochschulsozialpakt voranbringen
Drs. 17/18735, 17/20485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u. a. CSU
Ausreichende Finanzierung für palliativmedizinische Konsildienste gewährleisten
Drs. 17/18816, 17/20371 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuervermeidung durch Share Deals bei der Grunderwerbsteuer unterbinden
Drs. 17/18867, 17/20499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
Integration braucht Verlässlichkeit:
Geplante Beratungs- und Integrationsrichtlinie (BIR) dringend nachbessern!
Drs. 17/18868, 17/20346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Die Agrarindustrie bei der Verteilung von EU-Zahlungen nicht länger bevorzugen!
Drs. 17/18871, 17/20409 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitnahe Monitoring der Energiesituation in Bayern
Drs. 17/18890, 17/20460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein lernfreundliches Klima an Bayerns Grundschulen –
Zusatzpersonal für Klassen mit Kindern mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten
Drs. 17/18892, 17/20377 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verpflichtendes Endoprothesenregister – Patienten schützen
Drs. 17/18893, 17/20373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Auswertung von Datenträgern durch Private im Rahmen von Ermittlungsverfahren
Drs. 17/19008, 17/20383 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gleiche Regeln für alle – auch beim Blutspenden
Drs. 17/19080, 17/20453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Belastung von Blutproben mit perfluorierten Kohlenwasserstoffen im Landkreis Altötting
Drs. 17/19083, 17/20379 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berufsorientierung stärken: Betriebspraktikum an allen weiterführenden Schularten fest etablieren!
Drs. 17/19099, 17/20378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

39. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Perfluorierte Tenside in Blutplasmaproben
Drs. 17/19202, 17/20380 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt u. a. SPD
Giftige Chemie in Trinkwasser und Blut:
Wie werden die Menschen im Landkreis Altötting geschützt und informiert?
Drs. 17/19216, 17/20381 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u. a. SPD
Im Alter länger zuhause leben –
kein Verschiebebahnhof in der geriatrischen Reha!
Drs. 17/19230, 17/20452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u. a. und Fraktion (CSU)
Nebenerwerbsbetriebe in Bayern weiterhin fördern
Drs. 17/19243, 17/20408 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)
Den Zu- und Nebenerwerb bei der Gemeinsamen Agrarpolitik
nicht im Stich lassen
Drs. 17/19262, 17/20411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zu- und Nebenerwerb erhalten
Drs. 17/19263, 17/20410 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. CSU
Weitere Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Bayern
Drs. 17/19278, 17/20454 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Annette Karl, Inge Aures u. a. SPD
Brexit-Beauftragten für Bayern ernennen!
Drs. 17/19297, 17/20462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen!
Drs. 17/19754, 17/20305

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen,
Ruth Waldmann u. a. und Fraktion (SPD)
Bericht über die finanzielle Situation der Kinderhospizteams in Bayern
Drs. 17/18901, 17/20372 (Z)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>